

Nr. 18/1145

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Genehmigungsverfahren im Baurecht verkürzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 2. Oktober 2012
(Drucksache [18/588](#))
2. Genehmigungsverfahren im Baurecht verkürzen
Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie
vom 15. Mai 2014
(Drucksache [18/1398](#))
3. Abfallimporte einschränken und die illegale Ausfuhr von Elektroschrott effektiv bekämpfen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 25. Juni 2014
(Drucksache [18/1458](#))
4. Ganztagschulen im Land Bremen: Ausbaustand, Qualität und Weiterentwicklung des Ganztags
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 1. Oktober 2014
(Drucksache [18/1567](#))
5. Die Meere gemeinsam schützen!
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Oktober 2014
(Drucksache [18/1585](#))

Nr. 18/1146

Menschliche Zuwendung statt Bürokratie: Pflegedokumentation in Bremen vereinfachen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Oktober 2014
(Drucksache [18/1579](#))

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 18/1147

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Woher nehmen? Verstärkte Wohnungsnot trotz Wohnbauprogramm“.

Nr. 18/1148

Sechzehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Sechzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mitteilung des Senats vom 10. Juni 2014
(Drucksache [18/1423](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1149

Gesetz zum Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Mitteilung des Senats vom 16. September 2014
(Drucksache [18/1546](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/1150

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum Sechzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Sechzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag – 16. RfÄndStV) und zum Gesetz zum Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom 14. Oktober 2014

(Drucksache [18/1578](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Ausführungen im Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 18/1151

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 18. November 2014

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Gesetz zur Änderung des Bremischen Personalvertretungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 21. Oktober 2014
(Drucksache [18/1600](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

2. Öffnungszeiten wissenschaftlicher Bibliotheken ausbauen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Mai 2014
(Drucksache [18/1376](#))

Der Antrag ist erledigt durch die Drucksache 18/1606.

3. Öffnungszeiten wissenschaftlicher Bibliotheken ausbauen

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 23. Oktober 2014
(Drucksache [18/1606](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zusammen mit den Hochschulen, der Landesastenkonzferenz, der Leitung der Staats- und Universitätsbibliothek sowie dem Personalrat der Universität Bremen im Rahmen eines Modellprojektes eine Bedarfs- und Möglichkeitsanalyse bezüglich des Ausbaus der Öffnungszeiten, insbesondere an Sonntagen, zu erstellen und dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit darauf aufbauend bis Ende März 2015 einen Zwischenbericht vorzulegen.

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

4. Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes
Mitteilung des Senats vom 21. Oktober 2014
(Drucksache [18/1599](#))
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
5. Gesetz über die Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen und zur Änderung des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes
Mitteilung des Senats vom 4. November 2014
(Drucksache [18/1607](#))
1. Lesung
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
6. Gesetz zur Änderung des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 11. November 2014
(Drucksache [18/1617](#))
1. Lesung
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
7. Bericht des Petitionsausschusses Nr. 32
vom 12. November 2014
(Drucksache [18/1625](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.
8. Gesetz zur Änderung des Wohnwagengesetzes und zur Aufhebung der Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Schornsteinfeger-Handwerksgesetz und dem Schornsteinfegergesetz
Mitteilung des Senats vom 18. November 2014
(Drucksache [18/1638](#))
1. Lesung
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/1152

Korruptionsbekämpfung intensivieren – Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Errichtung und Führung eines Korruptionsregisters

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. Juni 2014

(Drucksache [18/1450](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/1153

Korruptionsbekämpfung intensivieren – Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Errichtung und Führung eines Korruptionsregister

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 20. Oktober 2014
(Drucksache [18/1589](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss vor Abschluss eines Verwaltungsabkommens mit anderen Ländern über dessen Inhalt zu informieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 18/1154

Gesetz zur Änderung des Bremischen Spielhallengesetzes und des Bremischen Abgabengesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. Oktober 2014
(Drucksache [18/1577](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/1155

Rauchen kann tödlich sein – Kinder und Jugendliche vor den Gefahren von E-Shishas schützen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. November 2014
(Drucksache [18/1616](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Gesundheit.

Nr. 18/1156

Haushalt planmäßig vollziehen – keine Kürzungen durch „Planungsreserve“!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. November 2014
(Drucksache [18/1626](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1157

Gesetz zur Neuregelung des Vollzugs der Freiheitsstrafe in der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 8. Juli 2014
(Drucksache [18/1475](#))
2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 18. November 2014

(Drucksache [18/1632](#))

u n d

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. November 2014**

(Drucksache [18/1636](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU (Drs. 18/1632) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 18/1636) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/1158

Gesetz zur Neuregelung des Vollzugs der Freiheitsstrafe in der Freien Hansestadt Bremen

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 13. November 2014
(Drucksache [18/1629](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungen zu Drs. 18/1475 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Nr. 18/1159

**Sonderbericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen nach § 99 LHO über die Prüfung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und der Kostenfortschreibung für die geplante Anbindung des Überseehafengebietes an die A 27 in Bremerhaven „Hafentunnel“
vom 11. März 2014**

(Drucksache [18/1300](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Sonderbericht des Rechnungshofs Kenntnis.

Nr. 18/1160

**Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zum Sonderbericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen nach § 99 LHO über die Prüfung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und der Kostenfortschreibung für die geplante Anbindung des Überseehafengebietes an die A 27 in Bremerhaven – „Hafentunnel“
vom 14. Juli 2014**

(Drucksache [18/1484](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen im Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Nr. 18/1161

Gesetz zur Ausweitung des Wahlrechts

Antrag des nichtständigen Ausschusses „Ausweitung des Wahlrechts“
vom 16. Januar 2013
(Drucksache [18/731](#))

2. Lesung

Durch das Urteil des Staatsgerichtshofs vom 31. Januar 2014 (St 1/13), dass der Gesetzentwurf nicht mit der Bremischen Landesverfassung vereinbar sei, entfällt die zweite Lesung.

Nr. 18/1162

Gesetz zur Ausweitung des Wahlrechts

Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses „Ausweitung des Wahlrechts“

vom 15. Juli 2014

(Drucksache [18/1486](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- Initiativen zu ergreifen und zu unterstützen, die darauf abzielen, durch Änderung des Grundgesetzes den Bundesländern die Befugnis einzuräumen, den in ihrem Land lebenden Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern das Wahlrecht zu den Landesparlamenten zu ermöglichen;
- Initiativen zu ergreifen und zu unterstützen, die darauf abzielen, durch Änderung des Grundgesetzes ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatler einzuräumen.

Unabhängig davon unterstützt die Bürgerschaft (Landtag) weiterhin alle Initiativen, die eine Erleichterung der Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft zum Ziel haben, vor allem durch die grundsätzliche Hinnahme doppelter Staatsangehörigkeit.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des nichtständigen Ausschusses „Ausweitung des Wahlrechts“ Kenntnis.

Nr. 18/1163

Weidehaltung von Rindern in Bremen fördern

Antrag der Fraktion der CDU

vom 15. Juli 2014

(Drucksache [18/1487](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

